

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 7.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Belegpreise für Halle und Verone 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Ausland. Die halbesährige Zeitung kostet 12,00 Mk. — 6 Halbesährige: Sächsische Landeszeitung (eig. Verlagsanstalt), 24 Unterhaltungsblätter (Sonntagsblätter), 24 Wochenblätter.

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren für die halbesährige Monatshefte oder deren Umarm für Halle u. den Umkreis 20 Pfg., außerhalb 30 Pfg. Bestellungen am Ende des halbesährigen Zeitls die Seite 100 Pfg. Einzelnummern bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Fernschreibvereinen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulze Straße Nr. 61 u. 62.  
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272.  
Verleger: Dr. Walter Grottel in Halle a. S.

Freitag, 5. Januar 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Weinbrenner Straße 30.  
Telephon Amt Kreuzberg Nr. 6290.  
Druck und Verlag von Carl Zittler in Halle a. S.

### Die Internationale und die Reichstagswahlen.

Aus den Auseinandersetzungen auf der linken Seite immer deutlicher die Tendenzen nachschleppender Sanktionierung zwischen liberalen demokratischen Parteien und Sozialdemokraten hervor. Boreit mag man sie wohlwollend nennen, bei den Stichwahlen werden sie sehr handgreiflich in die Erscheinung treten, die fortschrittliche Presse erörtert aber auch bereits guttunend die Forderung Raumers, daß die Verteidigung „von Vordermann bis Webel“ nicht auf einen kurzen Ausbruch beschränkt bleiben dürfe, vielmehr einen dauernden Charakter erhalten und auf die zukünftige gemeinsame Arbeitsebene gerichtet sein müsse. Dieses starke Sehnen der bürgerlichen Demokratie nach einer weiterreichenden praktischen Anbiederung mit den Sozi im Hinblick auf parlamentarischen Sturm und Drang hat die führenden „Genossen“ mit den verwegenen Erwartungen und ausschweifenden Hoffnungen erfüllt. Sie gebärden sich schon jetzt, als werde der Tag von Weibel für sie ein rechtsgewohnter Gewohnheit sein gehalten und eine Umwälzung einleiten, die dem internationalen Sozialismus die Macht in die Hände spielen wird „zur Verneinung des Erblasses!“

Bei einem betriebligen Sollenlage der sozialdemokratischen Ideen erscheint es kaum noch befremdlich, daß die große Internationale schon jetzt der deutschen Umwälzungsgemeinschaft Vorhelfer entgegenbringt und sie mit treudienem Frohlocken wie zu einem Siegestage auf den Trümmern des bürgerlichen Staates begleitet. Der „Vorwärts“ widmet in seiner letzten Nummer des alten Jahres der Internationalen in ihren Beziehungen zu den Reichstagswahlen 1912 einen vollen Bogen und „Genosse“ Kaufstuf mit die Zusammenhänge mit dem ganzen Aufwande seiner politischen Traumbefangenheit näher beleuchtet. Für die bürgerlichen Parteien sind diese Ausblicke des roten Parteiführers in die weltwirtschaftliche Entwicklung ungenügend wertlos als unbeachtliche Wahrheit an ihr schlummerndes Gewissen, durch ungeliebte Parteiverbundenheit der Sozialdemokratie nicht zu brechen. Einfluß in deutschen Reichstag zu bestehen. Und wenn die Parteiführer der linken im Sinken auf den Kampf nach rechts den Stimmen der Einigkeit und Barmherzigkeit ihr Ohr verschließen, so sollen die Wähler, ohne deren Überzeugungswort der Liberalismus den antirendenden Notizen zu neuen Erfolgen nicht verhehlen könnte, gegen die Zumutung sich auflehnen, den Feinden des Vaterlandes die helfende Hand zu bieten.

Kaufstuf trägt die alte Stütze von unüberwindlichen siegreichen Vorreden des kapitalistischen Industrialismus vor. Dieser habe im ersten Stadium (bis in die Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts), so lange Englands Industrieherrschaft dauerte, unter dem Zeichen des Freihandels gehandelt. Er sei in dem gegenwärtigen zweiten Stadium von Imperialismus befehligt, der die agrarische Welt unter die Industrieländer in der Form von Kolonien und Einflußsphären aufstellen wolle. Die Industrialisierung der Agrarländer schreite jedoch so rasch vorwärts, daß der auf den Absatz um jeden Preis angelegene Exportindustrialismus nur noch durch blutige Kriege mit seinen Konkurrenten um die Vorherrschaft sich bei Kräften erhalten könne. Die Folge davon sei ein wahrhaftiges Weltkriege, die immer größere Ausgliederung der arbeitenden Massen und die schroffe Zuspitzung der Gegensätze zwischen Kapitalisten und Proletariern. Zugleich wüchse die Massen der kämpfenden Organisationen und ihre Hilfsmittel im Kampfe riefenstark an. Die Katastrophe, zu der die proletarischen Massen als dem einzigen Befreiungswege hindrängen müßten, nahe: die Werra der proletarischen Revolution breche an. Die Kämpfung des Kapitalismus unter möglichster Schonung der entkapitalisierten Individuen“ sei das letzte Ziel, dem die Sozialdemokratie durch eine beträchtliche Verhärterung ihrer parlamentarischen Mandate um ein gutes Stück näherzukommen hoffe; alle anderen Fortschritte und Errungenschaften hätten für sie nur den Wert geringer Abzugszahlungen auf dem Gange zum Ganzen. Die Größe der internationalen „Genossen“ aber, die der „Vorwärts“ an der Jahresende zur Aufmerksamkeit seines Publikums veröffentlichen, stimmen in der Auffassung überein, daß die deutschen Sozialdemokraten die besten Mauerbrecher sein könnten und sein würden, um jenen „verruchten“ kapitalistischen System das Genick zu brechen und zunächst dem Weltfrieden, als der Voraussetzung einer Verneinerung im sozialistischen Sinne, die Stätte zu bereiten.

Mit welchen Mitteln die deutsche Sozialdemokratie die Kriegführung zu verbinden gedenkt, ist trotz des platonischen Widerpruches Webers zur Genüge in neuester Zeit festgelegt worden. Kaufstuf hat bei anderer Gelegenheit und heraus erklärt, daß der politische Waffenstreik im gegebenen Zeitpunkt die wirksamste Waffe gegen die Kriegsgesetze sein dürfte, und von Webel stammt auf dem Parteitage in Jena das Wort: „Der Waffenstreik, hinter dem die blutige Revolution lauert, ist unser Kampfmittel“. Waffenstreik und Revolution gehören in der Tat zusammen;

sie werden geboren, falls die Sozialdemokratie den Frieden erzwingen will; als Unterfangen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens unter allen Umständen will die Internationale den Wähler der Sozialdemokratie, an den anschließend niemand von den glückseligsten internationalen Genossen zweifelt, angesehen wissen.

Schon allein das verdrängte Interesse fremder Sozialistenpöplinge an dem innerpolitischen Ringen des deutschen Volkes um die Reichstagswahlen müßte den liberalen demokratischen Parteien die Augen darüber öffnen, wenn sie zu Diensten sind, indem sie der Sozialdemokratie aus „wahltafflichen“ Gründen Vorwurf leisten. Zu manchen nationalliberalen Herzen mag die Empfindung schon jetzt rege sein, daß die Begünstigung sozialdemokratischer Wahlsiege bei den Stichwahlen infolge des Wahlbündnisses zwischen den beiden liberalen Parteien mit der Front nach rechts“ sich schwer vereinbaren lasse mit der unberechenbaren Entschlossenheit der „Genossen“ im Kriegsfalle ihr ganzes Gewicht für den Frieden einzusetzen. Die „National-liberale Correspondenz“ tritt daher schon jetzt mit dem Verlangen hervor, daß der neue Reichstag „durch die besondere Art der Erledigung der (zu erwartenden) neuen Anforderungen dem lauernden Auslande die Ueberzeugung von der oberirdischen Entschlossenheit Deutschlands beibringt.“ Wenn das geschieht, dann würde der Ausblick in das Jahr 1912, der erster als in allen vorhergegangenen Jahren sei, gleichzeitig auch von großer Zuversicht getragen sein.

Wir würden die Verhärterungen des nationalliberalen Organs, nur wird letzteres die Partei von der Schuld nicht reinwaschen können, daß das zweideutige Verhalten der Liberalen in der Abwehr der revolutionären Umwälzer (Janfahnd) beim Wählerstimmum zu der verwirrenden Vorstellung das meiste beigetragen hat, der „Genosse“ sei gegenüber einem konfervativen oder Zentrumsman das kleinere Uebel. Die gelegentliche Verhärterung der National-liberalen in der fortschrittlichen Volkspartei gegen „Verdrängungen“ solcher Art können Einbrüche nicht tilgen, die aus dem Zusammenwirken einer Menge von Beobachtungen sich eingeleitet haben. Es würde uns freuen, wenn wir uns täuschen sollten und die Orientierung der liberalen Wähler anders sich fundum würde; der Internationalen wäre eine bittere Enttäuschung wahrlich zu ginnen.

### Wahnungen zur Reichstagswahl.

Ein Mißglied auf die Maroffo-Verhandlungen in den deutschen, englischen und französischen Parlamenten zeigt gerade jetzt, wo bei uns die Reichstagswahlen vor der Tür stehen, ein für alle deutschen Wähler ganz außerordentlich bedeutsames Ereignis. Wie ernst die politische Spannung im vergangenen Sommer war und wie haarsträubend Deutschland am Wande eines Krieges gestanden hat, ist bekannt. Nicht genügend unterrichtet aber wurde lischer der Unterlage in der Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Vergleiche zu der der anderen Länder. Während in jener Zeit in England und Frankreich alle Parteien ohne Ausnahme geschlossen hinter ihrer Regierung standen und diese ihre Erklärungen auch gelegentlich der parlamentarischen Verhandlungen über den deutsch-französischen Maroffoertrag unversehrt zum Ausdruck brachten, hat die deutsche Sozialdemokratie es nicht verstanden, unserer Regierung in den Rücken zu fallen. Die damals von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands allenthalben im Reiche urcherufenen Friedensversammlungen hatten den ausgesprochenen Zweck, die politischen Maßnahmen der Regierung in den Augen des Volkes zu diskreditieren und einer unehrenvollen Friedensbewegung das Wort zu reden, die gar nicht der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes in jener Zeit entsprach, die aber im höchsten Maße geeignet war, die diplomatischen Verhandlungen zu Ungunsten Deutschlands zu beeinflussen oder mindestens zu erschweren. Diese Tatsache, die durch nichts aus der Welt geschafft werden kann, zeigt aus neue, mit welcher Gewissenlosigkeit unsere Sozialdemokratie vorgeht, selbst wenn das Vaterland in schwerer Gefahr ist. In diesen Dingen ändern auch nichts die auf Wohlwände beschränkten seinerseit im Reichstags-tage gehaltenen Redensarten des Hrn. Webel, daß im Falle eines feindlichen Angriffs auf Deutschland auch die Sozialdemokratie ihre Wehr zu schultern und für des Vaterlandes Macht und Ehre hilfsbereit zu stehen gewillt sei. Vielmehr zeigt dieses Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie wiederum aufs Klarste, daß ihr weit höher als das Vaterland das selbstthätige Interesse der Partei und ihrer Führer steht, daß sie kein anderes Interesse, keine andere Mißthat kennt als die Förderung ihres vaterlandsfeindlichen, radikal-revolutionären Programms. Während in Frankreich wie in England die Sozialdemokratie in erster Reihe national ist, d. h. französisch oder englisch denkt und handelt und für die Größe des Vaterlandes zu jedem Opfer bereit ist, verfährt unsere deutsche Sozialdemokratie gerade umgekehrt. Sie sucht das Vaterland und ist in ihm pulfieren-

den nationalen Kräfte systematisch zu schwächen und dem Auslande und seiner Ränkepolitik gewisslos auszuliefern. Sie macht durch ihr Verhalten dem Auslande geradezu Mut, über Deutschland herzufallen und seine in schweren Kriegen mühsam erworbene Weltmachtstellung zu gefährden. Bei dieser offenen, klaren Sachlage sollte doch jeder einseitige Mensch im Deutschen Reiche es sich doppelt überlegen, ob es sich mit seiner nationalen Pflicht als ehrbarer Staatsbürger verträglich, daß er bei den bevorstehenden Reichstagswahlen einer solchen vaterlandsfeindlichen Partei seine Stimme gibt. Die Antwort kann nur „Nein“ lauten: ebenso „Nein“ aber auch für eine Partei, die sich zwar nicht sozialdemokratisch nennt, aber die es nicht verjähmt, mit der Sozialdemokratie Arm in Arm die Wahlen zu geben und ihr durch solches Verhalten zu Wahlsiegen zu verhelfen, die bei einem Zusammenstoß alle vaterlandsfeindlichen denkenden, thätigen liberalen Parteien in Verbindung mit sozialdemokratischen Wahlniederlagen umgemandelt werden könnten, wie die letzten Reichstagswahlen im Jahre 1907 ja klar und deutlich gezeigt haben.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Don Kriegsfeldzug.  
Die römische „Agenzia Stefani“ meldet: Aus Tripolis, 4. Jan. 1912, Tagura und Goms liegt nichts Neues vor. In der Richtung südlich von Ain Jara vorgeübende Kavalleriepatrouillen fanden keine Spur von Feinde. — Aus Veneghja meldet die „Agenzia Stefani“: Nachrichten vom 1. Januar zufolge verließen noch immer einige Traber das türkische Lager, obwohl der Kommandant die nahe bevorstehende Ankunft von Verstärkungen ankündigt.

Diabana von italienischen Kreuzern bedroht.  
Das Westerste Bureau meldet aus Hodeidah vom 2. d. Mts.: Gelson mittag beschoßen die italienischen Kreuzer „Piemonte“ und „Aglia“ die türkische Garnison von Diabana, zehn Meilen nördlich von Hodeidah, ohne ihr Verluste zuzufügen.

Ein deutscher Kriegesgeheimratler gemahregelt?  
Nach Meldung eines Berliner Mittagblattes soll die italienische Deutschgesandtschaft in Tripolis zu einem neuen schweren Ueberrag gegen einen ungenannten reichsdeutschen Berichterstatter geführt haben. Die Wohnung des betreffenden Herrn sei von Karabinieren umstellt und durchsucht, alle Papiere beschlagnahmt worden. Arabische Angewandten behaupten, das deutsche Konsulat sei zwar der Herr halber vorher benachrichtigt und einer seiner Bedienten bei der Auswanderung zugelassen worden, doch habe man über den Grund zu dieser fränkischen Maßregel nichts mitgeteilt. Das Auswärtige Amt in Berlin soll bereits benachrichtigt worden sein, auch sei kein Gouverneur von Tripolis ein Protest und die Forderung nach Genehmigung eingereicht worden.

### Deutsches Reich.

\* Wieder eine Spionageaffäre. Ein Kolbenzer Prozeßagent, der mehrere Jahre bei der französischen Fremdenlegation gedient hat, ist, wie von dort gemeldet wird, unter dem Verdacht, für Frankreich Spionage getrieben zu haben, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden.

\* Das Kanonenboot „Panther“ tritt von Kiel am heutigen Freitag früh die Ausreise nach der westafrikanischen Station an. Es wird auch das Kanonenboot „Lützow“ dabei sein, das hängt bei Weiler und Weiler ab, ob das Schiff auch den Mongolfus weit hinauffahren kann.

\* Zu dem Verleumdungsprozeß des Verfassers der „Grenzboten“, Kleinow, gegen die „Rei“ veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende Gutachten des in der Verhandlung genannten früheren Redakteurs der „Rei“, Dr. Hermann Lufft: „In der Weidener angeblicher Aussage des Herrn Republikaners Seifron über die Ziele der deutschen Politik in Maroffo liegen von der beklagten Seite offene Verleumdungen vor. Von mir wurde über diese Gesprüche nie etwas gesagt, was auch nur ein Mißverständnis in der Richtung der getanen Äußerungen beibringen könnte. Die Angaben sind in allen Hauptpunkten unrichtig. Seifron hat die beklagte Partei es unterlassen, mich von ihrer Mißthat, die angeblichen Gesprüche zu veröffentlichen, zu unterrichten. Ich würde auch in dem Fall von der Veröffentlichung vertraulicher und persönlicher Gesprüche außerordentlich peinlich berührt gewesen sein, wenn die Angaben richtig wären, was aber, wie ich nochmals betone, durchaus nicht der Fall ist.“

\* Förderung des Luftschiffwezens in Preußen. Obwohl die Pflege des Luftschiffwezens, soweit es Zweden der Randbeverteilung dient, Ende des Reiches ist, hat doch auch Preußen in seinem nächsten Etat wiederum die Mittel erhöht, die für wissenschaftliche Vertrieben auf dem Gebiete des Luftschiffwezens bisher zur Verfügung standen. An den technischen Hochschulen wurden bekanntlich bisher schon Vorlesungen über Luftschiff-





